



Bürgerbewegung pro NRW im Rat der Stadt Leverkusen

pro NRW - Postfach 30 08 65 - 51337 Leverkusen

Stadt Leverkusen
Herr Oberbürgermeister
Reinhard Buchhorn
Friedrich-Ebert-Str. 1
51371 Leverkusen

Sandra Kruse

☎ 02171 / 39 49 639

📠 02171 / 39 58 711

Per Email an 1@stadt.leverkusen.de

14. Juli 2011
info@pro-nrw.net

Antrag zur kritischen Begleitung des Islamunterrichtes und zur Initiative „Leverkusener Schulen sagen Nein zur Scharia“

Sehr geehrter Herr OB Buchhorn,

die Fraktion von Pro NRW bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten öffentlichen Sitzung des Stadtrates zu setzen.

Der Rat der Stadt Leverkusen möge beschließen:

Die Verwaltung sorgt in Ihrer Vorbereitung auf den im Sommer 2012 anlaufenden Islamunterricht für eine kritische Begleitung durch Vertreter geeigneter Vereine, wie etwa den Zentralrat der Ex-Muslime, Pax Europa u.ä. Außerdem möge die Verwaltung in Absprache mit Lehrern, Schülern und Schulpflegschaft eine Initiative der Leverkusener Schulen unter dem Motto „Leverkusener Schulen sagen Nein zur Scharia“ ins Leben rufen, in der Schüler und Lehrer sich dazu aufgerufen werden, sich gegen frauen- und freiheitsfeindliche Meinungen zu positionieren.

Begründung:

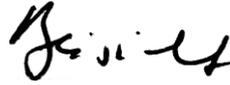
Mit der Entscheidung des Landtages zur Einführung eines Islamunterrichtes an den Schulen sind wir auch in Leverkusen mit dem Problem konfrontiert, dass an unseren Schulen eine verfassungsfeindliche Ideologie auf dem Lehrplan stehen wird. Dagegen können wir auf kommunaler Ebene nichts tun. Wir können aber trotzdem Stellung beziehen gegen eine islamische Ideologie, in der die Freiheitsrechte unseres Grundgesetzes nicht gelten. Die kritische Begleitung des Unterrichtes, durch Elternveranstaltungen, eine Zusammenarbeit mit dem Kollegium und Unterrichtsbegleitung durch Vereine wie den Zentralrat der Ex-Muslime in Deutschland oder Pax Europa, würde ein kritisches Bewusstsein bei Schülern, Eltern und Lehrern schaffen. Eine gemeinsame Aktion der Leverkusener Schulen unter dem Motto „Leverkusener Schulen sagen Nein zur Scharia“ stellen ein mutiges Signal und ein Bekenntnis zu den Werten unseres Grundgesetzes dar.

Da der Beschluss zur Einführung des Islamunterrichtes erst gestern im Landtag gefällt worden ist, ergibt sich die knappe Antragstellung unserer Fraktion. Wir bitten den Antrag auf die Tagesordnung der aktuellen Sitzung aufzunehmen, weil für eine entsprechende Vorbereitung mindestens ein Jahr veranschlagt werden dürfte.

Mit freundlichen Grüßen



Sandra Kruse
- Fraktionsgeschäftsführerin -



Markus Beisicht (MdR)
- Vorsitzender -